

Pfandbriefgesetznovelle in Kraft getreten

Ende März ist das „Gesetz zur Fortentwicklung des Pfandbriefrechts“ in Kraft getreten. Mit der Gesetzesnovelle soll die Qualität von Pfandbriefen weiter verbessert werden. Unter anderem wird hierzu eine Liquiditätsreserve von 180 Tagen eingeführt, die Pfandbriefemittenten innerhalb der Deckungsmasse vorhalten müssen. „Diese Neuerung trägt dem besonderen Sicherheitsbedürfnis der Pfandbriefgläubiger Rechnung. Darüber hinausgehende Liquiditätsanforderungen, wie sie derzeit von der Ratingagentur Standard & Poor's gefordert werden, können die Position der Pfandbriefgläubiger dagegen nicht wirklich verbessern“, so die Einschätzung von Louis Hagen, Hauptgeschäftsführer des Verbandes deutscher Pfandbriefbanken (vdp). Neben der Einführung der Liquiditätsreserve wird durch das Gesetz auch die Darstellung der Laufzeitstrukturen in den Deckungsmassen der Pfandbriefbanken verfeinert. Neu berücksichtigt wurde zudem der Flugzeugpfandbrief als vierte Pfandbriefgattung neben Öffentlichen, Hypotheken- und Schiffspfandbriefen.

Hohe Zahlungsbereitschaft für Sicherheit beim Online-Banking

Laut einer Studie des Consulting- und Softwarehauses PPI in Kooperation mit handelsblatt.com und dem IMWF Institut für Management- und Wirtschaftsforschung sind immer mehr Deutsche bereit, für eine höhere Sicherheit beim Online-Banking auch zu bezahlen: So nehmen inzwischen 52 Prozent der Befragten Kosten in Kauf, wenn dadurch die Bankgeschäfte im Internet besser geschützt werden. Dies entspricht einem Zuwachs von knapp 22 Prozentpunkten gegenüber dem Jahr 2007.

Vor allem der Einsatz von Kartenlesegeräten dürfte von diesem Trend profitieren. Rund 70 Prozent der Bankkunden interessieren sich bereits jetzt für das sichere Transaktionsverfahren mit digitaler Signatur. Gleichzeitig verringerte sich die Zahl derjenigen, die das Kartenlesegerät als kostenlose Gabe von ihrer Bank wünschen, um dreißig Prozentpunkte auf 47 Prozent. Dagegen kann sich jeder zweite Befragte vorstellen, bis zu zehn Euro in ein tragbares Kartenlesegerät zu investieren. Für jeden Vierten kommt sogar eine Investition von bis zu 20 Euro in Frage. Mit

dem Angebot moderner Kartenlesegeräte können die Banken in allen Altersklassen punkten. Insgesamt zeigen sich fast sieben von zehn Befragten in der Gruppe der 30- bis über 60-Jährigen an einem Einsatz sehr interessiert.

Neben der erhöhten Sicherheit werden die neuen Geräte auch durch komfortablere Nutzungsmöglichkeiten attraktiver: So können sich Online-Banker mit den mobilen Kartenlesegeräten unabhängig vom eigenen Arbeitsplatz an jedem Rechner ihrer Wahl fälschungssicher ausweisen. „Ein Kartenlesegerät kostet in der Regel nicht mehr als 20 Euro“, sagt Uwe Prieß, Vorstandsvorsitzender der PPI AG. „Für Banken, die bereit wären, diese Kosten zur Hälfte zu übernehmen, ergeben sich somit enorme Wettbewerbsvorteile: Die Institute entsprechen nicht nur dem Wunsch nach sicherer Übertragungstechnik, sondern berücksichtigen außerdem die Preisvorstellung ihrer Kunden.“

Überarbeiteter Standard zur Nachhaltigkeitsprüfung

Für das Management sowie die Berichterstattung von Umwelt-, Sozial- und Gesellschaftsthemen sind bereits diverse Standards entwickelt worden. Diese gewinnen sowohl international wie auch in Deutschland immer stärker an Bedeutung. Ergänzend zum Nachhaltigkeitsberichtsstandard der Global Reporting Initiative (GRI) wurde 2003 erstmals der von der internationalen Organisation AccountAbility herausgegebene „AA1000“-Standard veröffentlicht, an dessen Entwicklung sich mehr als 4.500 Experten weltweit beteiligt haben. Der Standard befasst sich mit der Prüfung der Nachhaltigkeitsperformance von Organisationen wie sie in Nachhaltigkeitsberichten veröffentlicht wird. Durch die detaillierte und strukturierte Überarbeitung aus dem Jahr 2008 liegt der AA1000 nun in zwei Dokumenten vor: Der AccountAbility-Prinzipienstandard erläutert, wie die Prinzipien Inklusivität, Wesentlichkeit und Reaktivität anzuwenden sind, während der AccountAbility-Prüfungsstandard die Anforderungen für den Prüfer beschreibt.

„Im internationalen Vergleich ist Deutschland bei der Anwendung des AA1000 noch ein weißer Fleck. Wir erwarten jedoch, dass die Nachfrage vor allem von Seiten der Finanzanalysten und NGOs wachsen

wird“, betont Martin Viehöver, Manager im Bereich Corporate Responsibility & Sustainability (CR&S) bei der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft Deloitte. „Im Prüfungsvermerk (Testat) werden neben Aussagen über die Validität der Kennzahlen zukünftig auch Aussagen über die Qualität des Nachhaltigkeitsmanagements ‚State of the Art‘ sein.“

Die Grundlage für jedes Nachhaltigkeitsmanagement ist die Bestimmung der wesentlichen ökologischen, sozialen und gesellschaftlichen Wirkungen einer Organisation. Diese werden von den Anspruchsgruppen (Stakeholders) billigend bzw. missbilligend wahrgenommen – was letztendlich die Leistung des Unternehmens beeinflusst. Ziel des AA1000 ist es, die Glaubwürdigkeit einer Organisation zu erhöhen und die Effektivität des Nachhaltigkeitsmanagementsystems zu verbessern. Dies sollte sich positiv auf die Reputation des Unternehmens und damit auch auf die Effizienz des Nachhaltigkeitsmanagements auswirken. „Organisationen, die bereits führend im Nachhaltigkeitsmanagement sind, wird eine AA1000-Umsetzung keine Schwierigkeiten bereiten“, prognostiziert Martin Viehöver. „Solche, die ein Nachhaltigkeitsmanagement erst noch aufbauen, bietet der AA1000 eine gute Hilfestellung, um dieses Ziel zu erreichen.“

Rentenmärkte verzeichnen Mittelabflüsse

Laut der aktuellen Statistik der Deutschen Bundesbank ist das Emissionsvolumen am deutschen Rentenmarkt im Januar 2009 auf 182,9 Mrd. Euro angestiegen, nachdem es im Vormonat noch 173,1 Mrd. Euro betragen hatte. Nach Abzug der hohen Tilgungen im Umfang von 175,4 Mrd. Euro und nach der Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten sind jedoch insgesamt Mittel in Höhe von drei Milliarden Euro an die Investoren zurückgezahlt worden. Zugleich verkauften deutsche Anleger ausländische Schuldtitel für netto 100 Mio. Euro. Damit verringerte sich der Umlauf von Schuldverschreibungen in Deutschland im Januar um 3,1 Mrd. Euro.

Am stärksten wurde der deutsche Rentenmarkt im Januar von der Öffentlichen Hand in Anspruch genommen, die insgesamt